

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(66. - öffentliche - Sitzung am 29. Oktober 2025)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes und zur Einführung eines hochschuleigenen Ordnungsrechts**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3645](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schiedsämtergesetzes, des Niedersächsischen Schlichtungsgesetzes und des Niedersächsischen Justizgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7916](#)

Eine Vertreterin des Justizministeriums stellt den Gesetzentwurf im Einzelnen vor. Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Er beschließt, in seiner für den 14. Januar 2026 vorgesehenen Sitzung eine Anhörung durchzuführen, und legt den Kreis der Anzuhörenden fest.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/7910](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**
Unterrichtung - [Drs. 19/8151](#)

Der Ausschuss schließt die Mitberatung des Einzelplans 11 - Justizministerium - und des Einzelplans 20 - Hochbauten - unter Einbeziehung der MiPla 2025 bis 2029 ab.

Ferner votiert er gegenüber dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag zu der Eingabe 01145/01/19 den folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die Eingabe wird in die Beratung der Drucksache 19/7910 neu - Haushaltsgesetz 2026 - einbezogen und für erledigt erklärt. Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -